

Pressemitteilung Die Linke Lübeck und offener Brief der DKP Lübeck/Ostholstein

Der DGB-Stadtverband Lübeck hat mehrere Parteien, die traditionell auf seinem Familienfest am 1. Mai mit Ständen beteiligt waren, in diesem Jahr eingeladen (siehe *jW* vom 16. und vom 28. April). Dazu nahm der Kreisverband Lübeck der Partei Die Linke am Mittwoch in einer Pressemitteilung Stellung:

Der DGB Stadtverband Lübeck hat für sein alljährlich stattfindendes Familienfest am 1. Mai Kriterien für die Teilnahme von Parteien beschlossen, die verschiedene kleinere Parteien vom gemeinsamen Fest ausschließen. Mitmachen dürfe nur, wer in der Bürgerschaft vertreten sei und einen parteiinternen Zusammenschluss von Arbeitnehmern habe.

»Das bedeutet, dass zukünftig das Fest offen für rechtsextremistische Parteien ist, sofern sie in die Bürgerschaft einziehen sollten, während kleinere und linksorientierte Parteien derzeit draußen bleiben müssen. Das ist verrückt. Leider haben alle Gespräche mit den Beteiligten nichts genutzt, und der DGB hält an seiner Regelung fest«, so Sascha Luetkens, Kreisverbandsvorsitzender Die Linke.

»Das engagierte Lübeck hat viele politische Facetten, aber es gehört auch zur politischen Kultur, in der Lage zu sein, trotz vieler politischer Differenzen sich für Einzelfragen öffentlich zusammenzuschließen und gemeinsame Bündnisse für Aktionen und Demonstrationen zu bilden. Ausgeschlossen werden dort grundsätzlich nur rechte und faschistische Organisationen. Das ist in Lübeck gelebte Solidarität, für die wir alle seit Jahrzehnten stehen. Oft genug auch mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften«, so Katjana Zunft, ebenfalls Kreisverbandsvorsitzende Die Linke. (...)

Der DGB-Stadtverband kündigt diese Solidarität nun auf. Aus diesem Grund haben wir uns mit allen anderen Parteien und allen der bisher beteiligten Vereine solidarisch erklärt und uns entschieden, die Teilnahme am Fest des DGB abzusagen. Damit fällt ein großer Teil der Kinderspiele, Aktivitäten und mindestens die Hälfte der Stände weg.

Die DKP Lübeck/Ostholstein, die vom DGB mit einer Zwei-Zeilen-E-Mail eingeladen worden war, verbreitete am Donnerstag zu dem Thema einen offenen Brief an den

Kreisvorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Lübeck, Sven Quirder:

Lieber Kollege Sven Quirder, mit – zugegebenermaßen – immer größer werdendem Unverständnis haben wir online Dein heutiges Interview in der Tageszeitung *junge Welt* gelesen. Im ersten Moment waren wir erstaunt über Deine Unkenntnis der wahren Sachverhalte rund um die gewerkschaftlichen Aktivitäten von Mitgliedern der DKP im DGB-Bezirk Südost und haben uns gefragt, was Deine Beweggründe hierfür gewesen sein mögen. (...)

Zugegeben, wir sind eine kleine Partei und haben auch in Lübeck nicht so viele Mitglieder wie manch andere Parteien – können folglich nicht immer und auf allen Veranstaltungen präsent sein. Aber gemessen an unserer Größe und an der Klarheit unserer Positionierungen in und zu den gewerkschaftlichen Kämpfen können wir uns mit Stolz (...) an diejenigen Parteien messen lassen, welche von Dir im Interview als Parteien bezeichnet werden, die »aus Sicht der GEW auch viele richtige Entscheidungen« getroffen haben. Wir nenne hier Stichworte wie prekäre Arbeit, Leih- und Werkverträge, Rente mit 67, Riester-Rente, Hartz IV, etc. (...)

<http://www.jungewelt.de/2016/04-29/036.php>